

An die Bewilligungsbehörde

Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Forstliche Förderung -
Johannsenstr. 10
30159 Hannover

Eingangsstempel Bewilligungsstelle

FO-Nr. (wird von der antragsannahmenden Stelle vergeben):

über die antragsannahmende Stelle:

Eingangsstempel Antragsannahme

Antrag auf Erschwernisausgleich für Wald

nach der Verordnung über den Erschwernisausgleich für Wald in geschützten Teilen von Natur und Landschaft in Natura 2000-Gebieten (Erschwernisausgleichsverordnung-Wald – EA-VO-Wald) in der geltenden Fassung

Registriernummer des/der Antragstellers/in

Nation			BL	LK			Gemeinde			Betrieb		
2	7	6										

Antragsteller/in, Unternehmenssitz

(Ort der steuerlichen Festsetzung bzw. Niedersächsische Adresse)

	Name/Bezeichnung, Vorname:
	Ortsteil:
	Straße und Hausnr. oder Postfach:
	Nation, PLZ, Ort:

Antragsteller/in, abweichende postalische Anschrift:

	Name/Bezeichnung, Vorname:
	Ortsteil:
	Straße und Hausnr. oder Postfach:
	Nation, PLZ, Ort:

Titel: (Angabe freiwillig)	Generation: (Angabe freiwillig)
Telefon:	Telefax:
E-Mail:	Mobil:
Zuständiges Finanzamt:	Steuernummer:
IBAN (internationale Kontonummer):	BIC (Kennzeichen der Bank): Name der Bank:
Ggf. Kontoinhaber/in (sofern abweichend von oben): Name: Vorname:	Hinweis: <i>Für eine/n abweichende/n Kontoinhaber/in muss eine Vollmacht/Vertretungsberechtigung (s. 1.1 oder 1.3.1) vor- bzw. beiliegen.</i>
Angegebene Bankverbindung gilt für folgende Fördermaßnahmen:	

Abweichende Bankverbindung für mit diesem Antrag beantragte Maßnahmen:	
Ggf. Kontoinhaber/in (sofern abweichend von oben): Name: Vorname:	Hinweis: <i>Für eine/n abweichende/n Kontoinhaber/in muss eine Vollmacht/Vertretungsberechtigung (s. 1.1 oder 1.3.1) vor- bzw. beiliegen.</i>
IBAN (internationale Kontonummer):	BIC (Kennzeichen der Bank): Name der Bank:
	Fördermaßnahme: Erschwernisausgleich Wald

1. Allgemeine Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller

1.1 Vollmacht / Vertretungsberechtigung					
Wurde eine Vollmacht / Vertretungsberechtigung erteilt oder liegt eine gesetzliche Vertretungsberechtigung vor? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Bevollmächtigte/r bzw. Vertretungsberechtigte/r ist:					
Name/Bezeichnung	Vorname	Art der Vollmacht	Vollmacht vom	Vollmacht bis	Vollmacht liegt
Hinweis: Es müssen pro Bevollmächtigte/r Name/Bezeichnung und Vorname sowie Angaben zur Art und Befristung der Vollmacht in den entsprechenden Feldern angegeben werden. Abweichende Angaben müssen korrigiert werden.					
Arten der Vollmacht sind: 1 = unbefristete Vollmacht, 2 = befristete Vollmacht, 3 = gesetzliche Vertretungsberechtigung					

1.2 Unternehmensform der Antragstellerin/des Antragstellers	
1.2.1.	<input type="checkbox"/> Einzelunternehmen / natürliche Person <input type="checkbox"/> im Haupterwerb <input type="checkbox"/> im Nebenerwerb Geburtsdatum: Geburtsort: Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
1.2.2	Rechtsform der Antragstellerin/des Antragstellers <input type="checkbox"/> Sonstige Gebietskörperschaft <i>Bei Samtgemeinden oder Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden: Nähere Angaben sind unter 1.4 zu machen</i> <input type="checkbox"/> Körperschaft des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Eingetragener Verein (e. V.) <input type="checkbox"/> Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) <i>Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.3 zu machen</i> <input type="checkbox"/> Limited (Ltd.) <i>Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.3 zu machen</i> <input type="checkbox"/> Unternehmergesellschaft (UG) (haftungsbeschränkt) <i>Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.3 zu machen</i>

	<input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG <input type="checkbox"/> Aktiengesellschaft (AG) <input type="checkbox"/> Eingetragene Genossenschaft (eG) <input type="checkbox"/> Offene Handelsgesellschaft (OHG) <input type="checkbox"/> Kommanditgesellschaft (KG) <input type="checkbox"/> "Eheleute" (soweit keine GbR) <div style="margin-left: 20px;"><i>Folgen nicht dem Zweck, gemeinsam Vermögen aufzubauen, berufliche oder gewerbliche Tätigkeit auszuüben. Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.3 zu machen</i></div> <input type="checkbox"/> Sonstige (z. B. Stiftung, Verein, Erzeugergemeinschaft)
	<p>Gründungsdatum:</p> <p>Die von uns angegebene Rechtsform besteht ausschließlich aus juristischen Personen:</p> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	<p>Hinweise: <i>Bei der Rechtsform Eheleute ist das Geburtsdatum eines Partners zu wählen und im Feld Gründungsdatum einzutragen.</i></p> <p><i>Wenn Sie unter Ziffer 1.2.2 als Rechtsform "Gesellschaft des bürgerlichen Rechts", "Limited" oder "Unternehmensgesellschaft (haftungsbeschränkt)" angekreuzt haben und die Frage unter 1.3.1 c) nach der gegenseitigen Vollmacht mit "Ja" ankreuzen, ergibt sich für alle in der Tabelle unter Ziffer 1.3.2 angegebenen Gesellschafter/-innen bzw. Mitglieder eine Vollmacht. Eine Angabe bei Ziffer 1.1 kann dann unterbleiben.</i></p>

1.3	Zusatzangaben für Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Limited und UG (haftungsbeschränkt) und Eheleute
1.3.1	Erklärung zur Haftung und Vollmacht bei Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Limited und UG (haftungsbeschränkt) und der Rechtsform Eheleute
	<p>Angaben sind erforderlich, wenn unter Ziffer 1.2.2 des Antrags als Rechtsform Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Limited oder UG (haftungsbeschränkt) angekreuzt wurde bzw. die Rechtsform Eheleute gewählt wurde.</p> <p>a) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts</p> <p>Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.3.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Gesellschafter/in der GbR im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen nicht nur im Rahmen der Gesellschaftereinlage, sondern auch mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung der GbR.</p>

b) Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt)

Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.3.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Mitglied der Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt) im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung der Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt).

c) Rechtsform Eheleute

Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.3.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Ehegatte bzw. Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung meiner Ehe bzw. eheähnlichen Gemeinschaft.

d) Wurde eine gegenseitige Vollmacht erteilt?

Ja Nein

Unabhängig von bisher abgegebenen Erklärungen erteilen wir uns hiermit die gegenseitige Vollmacht, einzeln im Namen des unter Ziffer 1.2 aufgeführten Unternehmens die entsprechenden Anträge für den investiven Bereich stellen zu dürfen.

1.3.2 Die GbR, Ltd., UG (haftungsbeschränkt) bzw. Eheleute besteht aus folgenden Mitgliedern:

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich mit der unter Ziffer 1.3.1, Buchstabe a), b) oder c) abgegebenen Erklärung einverstanden. Für den Fall, dass unter Buchstabe d) eine gegenseitige Vollmacht gewählt wurde, erkläre ich mich auch damit einverstanden.

Name	Vorname	Geburtsdatum	Anschrift	Unterschrift der Gesellschafter/-innen bzw. Mitglieder

Weitere GbR-Gesellschafter/-innen bzw. weitere Ltd./UG-Mitglieder sind ggf. auf einem gesonderten Blatt aufzuführen.

2. Ergänzende Angaben zum Unternehmen, weitere Registriernummern

<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Der Hauptsitz meines/unseres Betriebes befindet sich außerhalb von Niedersachsen . Ich habe/Wir haben eine Registriernummer erhalten, um in Niedersachsen an den investiven Förderprogrammen teilnehmen zu können.
---	---

Die für meinen/unseren Betriebssitz außerhalb von Niedersachsen geltende Registriernummer lautet												
Nation			BL		LK			Gemeinde			Betrieb	
2	7	6										

<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Ich beantrage/Wir beantragen auch Zahlungen in anderen EU-Mitgliedsstaaten.
---	---

3. Weitere Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller	
	Steuerberater / Buchstelle (Name, Adresse, Telefon):
	Betreuer, Bearbeiter (Name, Anschrift, Telefon):
3.1 Familiäre Verhältnisse (bei Gesellschaften für jeden Gesellschafter)	
	Ehegatte bzw. Lebenspartner gem § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz (Name, Vorname, Geburtsname und -datum):
	Kinder (Alter und Beruf):
	Ehegatte bzw. Lebenspartner gem § 1 Lebenspartnerschaftsgesetz (Name, Vorname, Geburtsname und -datum):
	Kinder (Alter und Beruf):

4. Antrag auf Erschwernisausgleich für Wald	
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<p>Ich beantrage / Wir beantragen Erschwernisausgleich für Wald. Grundlage hierfür ist die Verordnung über den Erschwernisausgleich für Wald in geschützten Teilen von Natur und Landschaft in Natura 2000-Gebieten</p> <p>Die Anlage 1 habe ich / haben wir vollständig ausgefüllt, die betreffenden Schläge habe ich / haben wir in der Feldblockkarte entsprechend skizziert.</p>
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<p>Ich erhalte/ Wir erhalten zusätzlich zum Erschwernisausgleich eine Entschädigung nach § 68 Abs. 1 bis 3 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) bzw. nach § 42 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG). Diese zusätzliche Entschädigung wurde bei der Unteren Naturschutzbehörde gesondert beantragt und bewilligt. Entsprechende Belege habe ich / haben wir beigefügt.</p>
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<p>Anlage zum Antrag (nur bei erstmaliger Antragstellung oder bei neuen Flächen):</p> <p>Die Mitteilung (Kopie) des Landkreises / der Stadt über gesetzlich geschützte Biotope einschließlich der dort festgelegten Auflagen zur Bewirtschaftung (nur bei Flächen nach § 24 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) und § 30 a BNatSchG) habe ich / haben wir beigefügt.</p> <p>Hinweis: Die einzuhaltenden Verpflichtungen ergeben sich aus Punkt Nr. 5 dieses Antrags.</p>
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<p>Ich beantrage / Wir beantragen erstmalig den Erschwernisausgleich für Flächen im Eigentum von gemeinnützigen Stiftungen oder Verbänden. Für diese Flächen ist unter Verwendung der Anlage A nachzuweisen, dass der Ankauf nicht gefördert wurde bzw. dass keine unzulässige Doppelförderung erfolgt. Die betreffenden Anlagen sind bei der Landwirtschaftskammer oder im Internet erhältlich.</p>

5. Besondere Erklärungen
<p>Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,</p> <ul style="list-style-type: none"> • auf den beantragten Flächen die Auflagen des jeweiligen Schutzgebietes einzuhalten, • die beantragten Flächen als Wald zu bewirtschaften, • die für den Erschwernisausgleich vorgegebene Maßnahmenkartei aktuell zu führen, im Betrieb vorzuhalten sowie darin sämtliche einzuhaltenden und zahlungsrelevanten Bewirtschaftungsbeschränkungen zu vermerken. Mir/ Uns ist bekannt, dass die Verwendung anderer Aufzeichnungen nur dann zulässig ist, wenn diese die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllen. • jede Abweichung vom Antrag, insbesondere jede Nutzungsänderung, jede Änderung in der Größe der bewirtschafteten Flächen, den Wechsel des Nutzungsberechtigten oder die Zahlungen für ähnliche Verpflichtungen auf derselben Fläche der zuständigen Dienststelle der Landwirtschaftskammer unter Angabe der Gründe unverzüglich mitzuteilen. <p>Ich / Wir erkläre/n, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • sich die in der Anlage 1 aufgeführten Antragsflächen nicht im Eigentum der öffentlichen Hand (z.B. Bund, Land, Landkreis, Stadt, Gemeinde, usw. – siehe Ausfüllhinweise) befinden (Erklärung gilt nicht für Flächen in Bremen). • auf den Flächen keine Pflichten zur Nutzungsbeschränkung aus anderen Gründen bestehen, als nach den Regelungen der unter „Fördermaßnahme“ genannten Schutzgebiete. Andernfalls liegt diesem Antrag eine entsprechende Mitteilung bei.

Verpflichtungserklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

Die dem Antrag zugrunde liegenden Richtlinien und Hinweise sind mir/uns bekannt. Ferner ist mir/uns bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung nicht besteht.

Ich/Wir erkenne/n die für die Beihilfezahlungen geltenden Rechtsgrundlagen wie Verordnungen des Bundes und Landesvorschriften sowie die nachstehenden (länderspezifischen) Nebenbestimmungen, von denen ich/wir Kenntnis genommen habe/n, für mich/uns als verbindlich an.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Verordnungen, Richtlinien und Merkblätter bei der Bewilligungsbehörde eingesehen werden können.

1. Mir/ Uns ist bekannt, dass

- 1.1 die Erhebung der Angaben der Anträge und Anlagen sowie der mit den Anträgen eingereichten Unterlagen auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) i. V. m. § 1 des Nds. VwVfG in den jeweils geltenden Fassungen beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung dient oder für die Begleitung und Bewertung der Fördermaßnahme erforderlich ist, und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in den Antragsvordrucken enthalten sind.
- 1.2 von der Bewilligungsbehörde **weitere Unterlagen und Daten (auch rückwirkend) angefordert werden können**, die zur Beurteilung der Antragsangaben erforderlich sind, insbesondere zur Begleitung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation).
- 1.3 die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann.
- 1.4 Forderungsabtretungen und Pfändungen gemäß § 44 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO), Ziffer 1.6 ANBest-P in der jeweils geltenden Fassung ausgeschlossen sind.
- 1.5 ich/wir für die weitere Einhaltung der Verpflichtungen beim Übergang des Unternehmens (ganz oder teilweise) auf einen anderen Nutzungsberechtigten während der Zeit der Verpflichtungsdauer verantwortlich bleibe/n, es sei denn, der Unternehmensnachfolger übernimmt die Verpflichtungen für die restliche Dauer der Verpflichtungszeit (Verpflichtungsübernahmeerklärung) – Die entsprechenden Fristen sind zu beachten!
- 1.6 die Angaben in den Anträgen und Verwendungsnachweisen sowie die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen auch an Ort und Stelle (Vor-Ort-Kontrollen) durch die zuständigen Behörden von Land und Bund, den entsprechenden Rechnungshöfen oder durch Beauftragte auch nachträglich (Zweckbindungskontrollen) kontrolliert werden.
- 1.7 den zuständigen Behörden von Land und Bund, den entsprechenden Rechnungshöfen und ihren Beauftragten im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie der Betriebsflächen während der Geschäfts- und Betriebszeiten zu gestatten ist, auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen sind, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren ist. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dieses verlangen.
- 1.8 die Ansprüche aus der Antragstellung/der Vereinbarung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgang die Prüfung verweigere/verweigern.
- 1.9 die Zahlungen insbesondere **bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben**, bei der Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen (Zweckbindung) sowie bei Verstößen

gegen gesetzliche Bestimmungen **zuzüglich Zinsen** teilweise oder vollständig **zurückgefordert werden** können, insbesondere wenn geförderte Grundstücke, Bauten, forstwirtschaftliche Wege, bauliche Anlagen, Fahrzeuge, Maschinen oder Geräte ohne Zustimmung der Bewilligungsbehörde veräußert oder Dritten für Fremdarbeiten überlassen werden.

- 1.10 **die Angaben** in den Anträgen (insbesondere die Angaben, von denen die Bewilligung oder Gewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zahlungen abhängig sind) **und ggf. zur bisherigen "De-minimis-Förderung" subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug) sind**, und dass ich/wir nach § 1 des Nieders. Subventionsgesetzes vom 22.06.1977 i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 in den jeweils geltenden Fassungen verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle unverzüglich die Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind und mir/uns ist bekannt, dass die Nichteinhaltung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere solche,

- die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind;
- die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder sonstiger dem Antrag beizufügender Unterlagen sind;
- von denen nach Verwaltungsrecht, Haushaltsrecht oder anderen Rechtsvorschriften die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist.

Die Bewilligungsbehörde ist verpflichtet, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetrugs begründen, den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

- 1.11 mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/n.
- 1.12 gemäß § 2 der Mitteilungsverordnung vom 07.09.1993 (BGBl. I S. 1554) in der jeweils geltenden Fassung unter bestimmten Voraussetzungen Daten an die Finanzbehörden mitgeteilt werden.
- 1.13 zum Nachweis der Ausgaben Rechnungsbelege im Original zur einmaligen Verwendung im Förderverfahren einzureichen sind. Dies gilt auch dann, wenn meine/unsere Papiereingänge üblicherweise digitalisiert werden. Die Digitalisierung mit anschließender Vernichtung kann erst dann erfolgen, wenn die Originale zuvor von der Bewilligungsbehörde mit Stempel entwertet worden sind.
- 1.14 vor Veräußerung, Verpachtung oder sonstiger zweckentfremdender Verwendung der geförderten Grundstücke – auch Teilen davon – die Zustimmung der Bewilligungsbehörde einzuholen ist. Die ggf. nach Landeswaldgesetz erforderlichen Genehmigungen bleiben hiervon unberührt.

2. Ich / Wir verpflichte/n mich / uns

- 2.1 jede Abweichung von den Antragsangaben, jede Abweichung im Hinblick auf von mir/uns eingegangenen Verpflichtungen, jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der von mir/uns übernommenen Verpflichtungen, jede beihilferelevante Änderung, insbesondere meiner/unsere Betriebsverhältnisse sowie jede Nichteinhaltung von Beihilfenvoraussetzungen - auch in Fällen höherer Gewalt - der zuständigen Behörde unter Angabe der Gründe **unverzüglich schriftlich** mitzuteilen.

- 2.2 alle Antragsunterlagen, Aufzeichnungen, Belege, Bücher oder Karten für die Dauer des jeweiligen Zweckbindungszeitraums, mindestens jedoch 6 Jahre, aufzubewahren.

3. Ich / wir willige/n ein, dass

- 3.1 die Angaben aller Einzelanträge, Anlagen und Unterlagen zur automatisierten Antragsbearbeitung und Berechnung der Zahlungen von der Bewilligungsbehörde erfasst, verarbeitet und gespeichert werden, sowie durch Rückfragen bei dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, dem Niedersächsischen Finanzministerium, dem Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung bei der Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften Hannover (SLA), der Zentralen InVeKoS Datenbank (ZID), dem Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier), der Vereinigten Informationssysteme Tierhaltung w.V. (VIT), der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), den Dienststellen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK), dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), sowie bei den Prämien- und Fachüberwachungsbehörden anderer Bundesländer überprüft werden.
- 3.2 meine/unsere Antragsangaben für die Abwicklung der Anträge und Zahlungen, zur Erstellung von Statistiken sowie zu anonymisierten betriebswirtschaftlichen Auswertungen, zur Begleitung und Bewertung der Fördermaßnahmen und zum Abgleich der Registriernummern im Hinblick auf eine eindeutige Verwendung und einheitliche Betriebskennung für alle Fördermaßnahmen genutzt werden.
- 3.3 Daten, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung der Förderung oder der Bearbeitung von Folgeanträgen dient bzw. für die Begleitung und Bewertung der Fördermaßnahmen erforderlich ist, an die in Ziffer 3.1 genannten Behörden sowie an die zuständigen Bundesbehörden, an die mit der Entgegennahme der Zahlung beauftragten Institute und zur Auszahlung der Beihilfe an die zuständige Landes- oder Bundeskasse bzw. beauftragte Institutionen übermittelt werden.
- 3.4 die an mich/uns gerichteten Bescheide auch dem mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Forstpersonal bekannt gegeben werden.
- 3.5 der gesamte Zahlungsverkehr (Zahlungen und ggf. Rückforderungen) auf bargeldlosem Wege erfolgt und die Annahme von Schecks ausgeschlossen ist.

4. Ich / Wir erkläre/n,

- 4.1 dass ich/wir keine Zuschüsse und/oder Sachleistungen Dritter (z. B. zweckgebundene Umlagen) für die geförderten Maßnahmen in Anspruch nehme/n, es sei denn Verordnung über den Erschwernisausgleich für Wald in geschützten Teilen von Natur und Landschaft in Natura 2000-Gebieten (Erschwernisausgleichsverordnung-Wald – EA-VO-Wald) lässt dies ausdrücklich zu.
- 4.2 dass über mein/unsere Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung keine Gesamtvollstreckung eingeleitet wurde. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wurde weder von mir/uns noch von einem Gläubiger beantragt (§§ 16 und 27 Insolvenzordnung). Mir/uns ist auch nicht bekannt, dass vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung verfügt wurden. Mein/unsere Unternehmen befindet sich nicht in Auflösung nach § 41 Satz 1 oder § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.
- 4.3 dass das für den Erhalt der Zahlungen angegebene Bankkonto ausschließlich mir/uns oder einer für die Durchführung des Antragsverfahrens bevollmächtigten Person gehört (die Bevollmächtigung wird der Behörde nachgewiesen).

Die Nichteinwilligung zu den vorstehenden Hinweisen, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen führt grundsätzlich zur Ablehnung des Antrages bzw. zum Rücktritt von der Vereinbarung.

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne/n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen und Hinweise für mich/uns als verbindlich an.

Ort und Datum

Unterschrift/en des/der Antragstellers/in bzw. der vertretungsberechtigten Person oder sämtlicher Mitglieder einer GbR, UG (haftungsbeschränkt) bzw. Limited